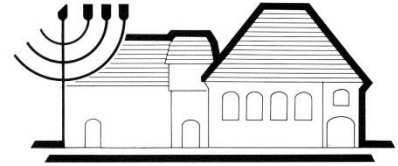


Rede beim 33. Stiftungsfest des
Pädagogisch-Kulturellen Centrum Ehemalige Synagoge Freudental
am Sonntag, 21. Januar 2018



Wohin steuert der Nahostkonflikt? Alte Protagonisten – neue Friedensansätze

Inge Günther
Nahost-Korrespondentin

Als ich im Januar 1996, zwei Monate nach dem Mord an Jitzchak Rabin, zunächst für die Frankfurter Rundschau und den Kölner Stadtanzeiger nach Jerusalem ging, glaubten viele Menschen auf beiden Seiten, Israelis wie Palästinenser, noch an einen Friedensprozess. „Gehen Sie auch zur PLO-Vertretung?“, fragte mich der Sprecher der israelischen Botschaft, die damals noch ihren Sitz in Bonn hatte und bei der ich in den Tagen vor dem Abflug nach Tel Aviv einen Antrittsbesuch als neue Nahostkorrespondentin machte. „Ja, natürlich“, erwiderte ich, worauf der Botschaftssprecher meinte: „Dann bestellen Sie doch bitte den palästinensischen Kollegen schöne Grüße.“

So war die Stimmung damals. Der vier Jahre zuvor begonnene Osloer Prozess trug schon Blessuren, der große Enthusiasmus war abgeflaut, angesichts diverser Gewalttaten, die auch ich gleich zu Beginn meiner Zeit erlebte, als Busse in Jerusalem explodierten. Noch davor, 1994, geschah das Attentat in der Ibrahimi-Moschee in Hebron auf Palästinenser beim Morgengebet. Es gab starke Friedensgegner auf beiden Seiten, jüdische Rechtsextremisten und die radikalen Islamisten von Hamas und Dschihad. Aber die Mehrheit auf beiden Seiten war für Frieden. So schien es. Der Osloer Prozess ist unumkehrbar, hieß es in Kommentaren.

Ein Irrtum, wie wir heute wissen. Mehr als zwanzig Jahre nach der Zeit des Aufbruchs herrscht eisiges Schweigen auf der politisch-diplomatischen Ebene (ausgenommen Wasser und Sicherheit). Und auf der menschlichen Ebene scheuen die meisten Kontakte zur anderen Seite, für die man unter den eigenen Leuten schnell schief angesehen wird. Sperrwall, Messer-Intifada haben auch die unsichtbaren Mauern aus Angst und Vorurteilen noch verstärkt. Das Miteinander ist in den bald fünfzig Jahren der israelischen Besatzung immer unmöglicher geworden. Gleichzeitig sind beide Völker immer unlösbarer miteinander verstrickt. Man muss dafür nur einen Blick auf die Landkarte des Westjordanlandes mit den palästinensischen Autonomieinseln und den darum verstreuten israelischen Siedlungen werfen.

Der Nahost-Friedensprozess steckt in der Sackgasse fest. Allerdings gibt es immer noch oder besser: immer wieder Initiativen, ihn da rauszuholen. Zwei dieser Initiativen sind neueren Ursprungs: Die eine nennt sich „Frauen wagen Frieden“ (Women Wage Peace – hebräisch: Nashim Osot Shalom), die ideologisch überhaupt nicht festgelegt ist. Seit ihrem zweiwöchigen Friedensmarsch im Herbst 2016 quer durch Israel hat sie sich aber einen gewissen Respekt verschafft. Jüdische Einwanderinnen aus Äthiopien oder Russland liefen genauso mit wie moslemische Kopftuchträgerinnen.

Mit ungewöhnlichen Lösungsideen für Siedlungen und Flüchtlinge – neben der Jerusalem-Frage die schwierigsten Themen bei der Suche nach Verhandlungskompromissen – wartet wiederum die Gruppe „Zwei Staaten – eine Heimat“ auf.

Beide Ansätze – „Frauen wagen Frieden“ wie auch „Zwei Staaten – eine Heimat“ verstehen sich als „Grassroots-Bewegung“. Beide werden sowohl von Israelis wie auch von Palästinensern unterstützt und Beide nicht nur von Linken sondern eben auch von nonkonformistischen Rechten und sogar Siedlern. Inhaltlich unterscheiden sie sich in einem wichtigen Punkt. Die Aktivistinnen von „Women Wage Peace“ wollen den Politikern Dampf machen, sich endlich ernsthaft um einen Friedensschluss zu kümmern. „Tut endlich was“, fordern sie, „macht Frieden, keinen Krieg.“

Zu ihren Unterstützerinnen gehören auch Frauen aus der „Vier-Mütter-Initiative“, die vor bald zwanzig Jahren an die Öffentlichkeit gingen. Sie wollten nicht länger zusehen, wie ihre Söhne ihr Leben riskierten, weil die Politiker nicht wagten, ein Tabu zu hinterfragen. Damals unterhielt die israelische Armee noch Stellungen in Südlibanon, die von der Hisbollah immer wieder angegriffen wurden. Es war vor allem der Erfolg dieser vier Mütter und ihrer immer größer werdenden Gefolgschaft, dass schließlich Premier Ehud Barak im Mai 2000 den Armeeabzug aus Südlibanon anordnete.

Die Frieden wagenden Frauen zielen ebenfalls auf eine Massenbewegung ab, um einen Verhandlungsprozess mit den Palästinensern überhaupt wieder gesellschaftsfähig zu machen. Die Details sind ihnen nicht so wichtig. Forderungen nach einer Zwei-Staaten-Lösung oder nach einem Ende der Besatzung kommen in ihrem Programm nicht vor. Hauptsache, man finde eine Lösung, mit der beide Seiten leben können.

Dieser Gedanke ist zwar auch bei „Zwei Staaten – eine Heimat“ ganz zentral. Aber das Interessante daran ist, dass er auf einem konkreten politischen Modell basiert, bei dem keine Seite groß verzichten muss. Jüdische Siedler dürfen nach diesem Konzept, wenn sie wollen, als Residenten in einem Staat Palästina leben. Palästinensische Flüchtlinge sollen in gleich großer Zahl, entsprechend einer festzusetzenden Quote, ein Wohnrecht in Israel bekommen. Aber beide Gruppen bleiben jeweils Bürger ihres eigenen Staates, dessen Regierung sie auch wählen – ähnlich wie ein Auslandsdeutscher in Frankreich oder Spanien.

Es handelt sich also um eine Art Konföderationsmodell. Eine ähnliche Idee hat übrigens auch schon mal Israels Staatspräsident Reuven Rivlin in die Debatte geworfen, sie allerdings nur vage umrissen. Auch wenn Rivlin schon öfters so klang, als ob seine Vorstellungen mit den Ideen von „Zwei Staaten, eine Heimat“ kompatibel sein könnten.

Dieses Konzept ist ja eigentlich eine Kombination von Beidem – staatliche Souveränität und Heimatgefühl, besser gesagt: eine an das Land gebundene kulturelle Identität, die eine „Win-win-Situation“ für Israelis wie Palästinenser ermöglichen soll. Jeder bekommt seinen eigenen Staat, dessen gemeinsame Grenze sich an der „Grünen Linie“, der alten, bis 1967 geltenden Waffenstillstandslinie, orientiert, die aber durchlässig bleiben soll. Die Vorteile liegen auf der Hand: Eine Zwangsräumung von Siedlungen ist nicht nötig. Ebenso wenig müssen aber auch die Palästinenser ihren Traum von Flüchtlingsrückkehr in die alte Heimat ihrer Vorväter in Jaffa oder Haifa ganz aufgeben.

Beide Staaten hätten eine ethnische Minderheit im eigenen Land, deren Rechte es zu achten gibt, schon aus der Sorge um die eigene Minderheit drüben. Das mag utopisch klingen. Aber die klassische, international favorisierte Zwei-Staaten-Lösung scheint angesichts von fast einer halben Million israelischer Siedler im Westjordanland immer weniger realistisch. Und das Ein-Staaten-Konzept würde Israel als jüdisch-demokratischen Staat abschaffen, wenn bald schon, was abzusehen ist, die Bevölkerungsmehrheit zwischen Mittelmeer und Jordantal palästinensisch sein wird. (Ich werde darauf später noch mal zu sprechen kommen.) Meron Rapoport, israelischer Journalist und Mitinitiator der Gruppe „Zwei Staaten, eine Heimat“ nennt das Konzept jedenfalls „eine pragmatische Utopie“.

Überlegungen in diese Richtung hat schon vor Jahren Menachim Froman angestellt, der inzwischen verstorbene Rabbiner aus der Westbank-Siedlung Tekoa, der vor allem ein Querdenker war. Froman hat sich früher öfters mit Arafat und anderen palästinensischen Vertretern, sogar aus der Hamas, getroffen. Er selbst war erklärtermaßen auch bereit, Bürger Palästinas zu werden, weil ihm das Leben auf biblischem Land, in den Hügeln Judäas, mehr bedeute als die nationale Staatsangehörigkeit. Das Land, bekannte er einst, gehöre keinem Volk allein, aber das Volk Israel gehöre zu diesem Land.

Einige der Anhänger Fromans engagieren sich heute in der Friedensinitiative „Zwei Staaten, eine Heimat“. Innerhalb der Siedlerschaft gelten sie allerdings als Exoten, wenn nicht sogar als Spinner, die keinen Einfluss auf die rechtsnationale Siedlerlobby haben. Aber gerade weil die Initiative „Zwei-Staaten, eine Heimat“ überhaupt nicht homogen ist, ziehen ihre Ideen Kreise, verbreitet über hunderte kleiner

Veranstaltungen in linken Clubs sowie konservativen Wohnstuben oder sonstigen Treffpunkten. Seit einer Großveranstaltung auf dem Messegelände in Tel Aviv, zu der auch Palästinenser aus der Westbank anreisten, ist das Interesse noch gewachsen.

Die Mehrheitsgesellschaft reagiert dennoch skeptisch, die palästinensische fast noch mehr als die israelische. Als die „Zwei Staaten, eine Heimat“-Ideen in Ramallah vorgestellt wurden, kam als erstes die ungläubige Rückfrage: „Sind die Israelis dazu bereit?“ Nach all den Enttäuschungen über den Osloer Friedensprozess fällt vielen Palästinensern die Vorstellung schwer, dass echte Konzessionen überhaupt je zustande kommen – schon gar nicht solche, die zumindest einem Teil der Flüchtlinge eine Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren, heute Israel, erlauben würde.

In Israel wiederum haben sich viele aus dem Friedenslager, zu dem sie sich in jungen Jahren rechneten, verabschiedet. Überhaupt wird über Frieden oder einen Friedensprozess eher verächtlich gesprochen. Vielen halten diese Begriffe für Illusionen, die mit der Zweiten Intifada und den Raketenangriffen militanter Islamisten aus Gaza geplatzt sind. Schalom Achschaf – Peace Now – konnte in den neunziger Jahren zu zentralen Protest- oder Gedenkveranstaltungen noch Hunderttausende mobilisieren. Heute gilt als Riesenerfolg, wenn noch zehn Prozent kommen.

Eine echte große Friedensbewegung gibt es nicht mehr, aber es gibt sehr viele, sehr engagierte Gruppen, die überdauert haben: Schalom Achschaf - Peace Now, ist entstanden aus Protest gegen den Libanon-Feldzug in den frühen achtziger Jahren. Inzwischen kümmert sich Peace Now hauptsächlich um das Monitoring der Siedlungsexpansion im Westjordanland und hat auf diesem Gebiet eine beachtliche Expertise entwickelt. Ihren Experten, die bisweilen auch Hubschrauberflüge zur Überwachung einsetzen, entgeht kein ungenehmigt und oft auf palästinensischem Privatboden errichteter Siedlervorposten.

Seit inzwischen dreißig Jahren gibt es auch die „Frauen in Schwarz“, die Nashim be-Shahor, die jeden Freitag in Jerusalem mit ihren handgemalten Stoppschildern gegen die Besetzung der Palästinensergebiete demonstrieren. Und zwar schweigend, ohne ein Wort. Ihre Organisation entstand im Januar 1988 als Reaktion auf den Ausbruch der ersten palästinensischen Intifada, dem Aufstand der Steine, und war inspiriert von den Black-Sash-Women in Südafrika: weißen Mittelstandsfrauen, die einst aus stummem Protest gegen das Apartheidregime in Südafrika mit schwarzen Armbinden auf die Straßen gingen.

Bei den „Frauen in Schwarz“ sind auch Männer als Unterstützer willkommen. „Machsom Watch“ hingegen ist eine reine israelische Frauenorganisation, die seit Ende der zweiten Intifada aufpasst, was an den Militärcheckpoints im Westjordanland geschieht und wovon die meisten Israelis im Kernland wenig Ahnung haben. Viele Mitglieder von Machsom Watch sind feministisch, viele auch schon im Großmutteralter.

Stundenlang an einem Checkpoint (hebräisch Machsom) zu stehen, um die oft schikanöse Prozedur zu dokumentieren, braucht neben viel Zeit, gute Nerven und eine hohe Frustrationstoleranz. In Einzelfällen leisten die Frauen Machsom Watch auch Palästinensern Beistand, wenn etwa Soldaten ihnen ein eklatantes Unrecht antun. Machsom Watch geht es aber eigentlich darum, öffentlich zu machen, was Militärherrschaft, dieses System aus 13 konstanten und hunderten „fliegenden“ Checkpoints, in der Realität bedeutet und nicht darum, die Besatzung milder oder erträglicher zu machen. Trotzdem verkörpern die Machsom Watch-Frauen für nicht wenige Palästinenser ein anderes, ein besseres Israel.

Großen Respekt genießt auch die Soldaten- und Reservistenorganisation Breaking the Silence (Shovrim Shtika) auf palästinensischer Seite. Allerdings ist sie zunehmend unter Beschuss des rechten Regierungslagers in Israel geraten. Weil sie unbeirrt ein Ziel verfolgt: Auszupacken über den Besatzungsalltag im Westjordanland, über die Willkürmaßnahmen von Armee und Siedlern genauso wie über die bisherigen Gaza-Kriege.

Ihr Name – das Schweigen Brechen – ist Programm. Vor 13 Jahren, als Soldaten, die im Brennpunkt Hebron gedient hatten, erstmals an die Öffentlichkeit gingen, wurde das in Israel noch als Zivilcourage

„unserer Jungs“ ausgelegt. Inzwischen schlägt diesen ehemaligen Soldaten offene Anfeindung entgegen. Der ultranationale Erziehungsminister Naftali Bennett hat ihnen Diskussionen mit Hochschülern untersagt. Kulturministerin Miri Regev, bekannt als rechte Zensorin, setzt alles daran, ihre öffentlichen Auftritte zu verhindern.

B'Tselem (Ebenbild) ergeht es kaum anders, eine israelische Menschenrechtsorganisation, gegründet 1989, die vom Selbstverständnis her Unrecht aufdeckt, egal ob es von israelischer oder palästinensischer Seite begangen wird. Besonders aktiv ist sie in den besetzten Gebieten, wo gerade an den Brennpunkten wie etwa in Hebron mit palästinensischen Aktivisten vor Ort arbeitet.

Vor einigen Jahren begann B'Tselem mit der Verteilung von Videokameras, erst fünfzig an der Zahl, inzwischen sind es viele mehr. Immer wieder kamen so Vorfälle ans Licht, von denen die Zivilgesellschaft im israelischen Kernland keine Ahnung hatte: z.B. ein kurzer Mitschnitt, wie ein Soldat im Beisein eines Offiziers einem bei einer Demonstration festgenommenen Palästinenser, der mit verbundenen Augen und gefesselt am Boden hockt, in den Fuß schießt. Für weit mehr Aufregung noch sorgte der Fall Elor Asaria, ein Sanitätssoldat, der im März 2016 einen wehrlosen, bereits überwältigten palästinensischen Attentäter mit einem gezielten Kopfschuss tötete. Ein B'Tselem-Videoclip diente als unumstößlicher Beweis.

In der politischen, nationalrechts gefärbten Stimmung in Israel von heute werden linke Besatzungskritiker schnell als unpatriotisch hingestellt, wenn nicht gar als „Verräter“. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel kassierte im Mai von Israels Premier Benjamin Netanjahu gar eine Ausladung, weil er bei seinem Treffen mit Vertretern der israelischen Zivilgesellschaft nicht auf die Teilnahme von „Breaking the Silence“ und „B'Tselem“ verzichten wollte.

Dass einige der „Gatekeepers“ – frühere Chefs des Inlandgeheimdienstes Schin Beth – ähnlich schonungslos mit der alten israelischen Illusion einer „humanen Besatzung“ aufräumten (wie etwa im gleichnamigen Dokumentarfilm „The Gatekeepers“), wird von der breiten Öffentlichkeit ignoriert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der von Israel zur Terrorabwehr gebaute Sperrwall, der teils entlang der 67-er Grenze verläuft, teils auch durchs Westjordanland, die palästinensischen Gebiete abgeschottet hat. Viele Israelis wollen gar nicht mit den Zuständen „drüben“ behelligt wissen. Lieber blendet man das Palästina-Problem aus, in Tel Aviv, Petach Tikva oder Haifa lebt es sich schließlich gut. Der Druck, den Nahostkonflikt zu lösen, empfinden Israelis als doch eher gering. Vielleicht ist das die eigentliche Rolle der linken ungeliebten Friedensgruppierungen: nämlich unschöne bis skandalöse Vorfälle aus den „Stachim“, den Gebieten, immer wieder publik zu machen.

Bei den Palästinensern hingegen überwiegt Resignation, Frust über die eigene, als korrupt verschriene politische Führung und auch Verzweiflung. Kaum einer glaubt noch, einen eigenen Staat zu erleben. Am wenigsten die palästinensische Oslo-Generation im Alter zwischen Anfang und Mitte Zwanzig. Sie hält von Verhandlungen wenig, umso mehr von Militanz und einer „dritten Intifada“.

Gerade die jungen palästinensischen Intellektuellen haben sich innerlich von der Zwei-Staaten-Lösung verabschiedet und sind jetzt für das Ein-Staaten-Modell. Der Slogan „ein Kopf, eine Stimme“ – eine Anleihe aus der Anti-Apartheidskampagne in Südafrika aus den achtziger Jahren – ist unter Studenten populär. Geflissentlich übergangen wird dabei ein Widerspruch: Die Non-Normalisierungskampagne, die vor allem an palästinensischen Universitäten und in Gewerkschaften propagiert wird, läuft auf ein Kontaktverbot zu Israelis hinaus. Man verbietet sich also jeglichen Diskurs mit jenen, mit denen man angeblich in einem Staat zusammenleben möchte.

Mir scheint zudem, dass viele Palästinenser an dem nicht genauer definierten Ein-Staaten-Konzept vor allem zweierlei schätzten. Erstens, macht es den Israelis Druck, die letztlich doch mehrheitlich möchten, dass ihr Staat demokratisch und jüdisch bleibt. Und zweitens rechnen sich manche Palästinenser insgeheim aus, beim Ein-Staaten-Modell einfach nur zuwarten zu müssen, bis sie irgendwann dank ihrer höheren Geburtenrate die Mehrheit stellen. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass schon das wirtschaftliche Gefälle zwischen der Hightech Nation Israel und dem seit Jahrzehnten auf internationale Finanzhilfe angewiesenen palästinensischem Volk für Ungleichheit sorgt. Bis Ressentiments,

Diskriminierung, je – wenn überhaupt – überwunden wären, müssten vermutlich noch viele Generationen ihren Wunsch nach Normalität, Sicherheit, nach einem erfüllten Leben zurückstellen.

Das alles klingt nicht gerade ermutigend. Auch hat sich die etwas bizarre Hoffnung, dass ausgerechnet Donald Trump ein Durchbruch in diesem verfahrenen Nahostkonflikt gelingen könnte, spätestens Ende 2017 zerschlagen. Statt dem „ultimativen Deal“, den er zustande bringen wollte, hat der US-Präsident sich als Vermittler mit seiner umstrittenen Jerusalem-Entscheidung desavouiert. Die Hoffnung auf einen großen Friedensstifter, der von außen kommt und die Kontrahenten zur Einigung zwingt, klingt illusorisch wie nie.

In der jetzigen Regierung unter Benjamin Netanjahu – eine der rechtesten, die es in Israel je gab – denkt keiner an Kompromisse mit den Palästinensern. Viel zu verkrustet sind auch die politischen Verhältnisse in der Autonomieführung unter dem alternden palästinensischen Präsident Mahmud Abbas (82), als dass aus Ramallah eine neue Initiative zu erwarten wäre.

Viel wird zwar bereits unter den politischen Beobachtern über die Zeit nach Netanjahu und Abbas spekuliert. Allerdings spricht nicht allzu viel dafür, dass dann wieder Schwung in den Friedensprozess käme. Selbst die israelische Arbeitspartei Awoda, die eigentlich dem linken Mainstream zugerechnet wird, profiliert sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Avi Gabbai eher rechts. Klare Positionen zu Besetzung und der Palästina-Frage vermieden auch Gabbais Vorgänger, um nicht als zu „Araber-freundlich“ wahrgenommen zu werden. Gabbai will die Mitte erobern, keine Kooperation mit der Vereinigten Arabischen Liste, der drittstärksten Knesset-Fraktion, und auch keine Räumung von Siedlungen.

Auf palästinensischer Seite wiederum kommt der vereinbarte Versöhnungsprozess von Fatah und Hamas nur derart stockend voran, dass in den Sternen steht, ob und wann es je Neuwahlen in Gaza und dem Westjordanland geben wird.

Das Friedenslager besitzt wiederum auf beiden Seiten derzeit den geringsten politischen Einfluss. Dennoch sind seine Aktivisten und Anhänger der genannten wie ungenannten Gruppen eine Art Keimzellen, die in einem neuen, ehrlichen Friedensprozess weiter aufgehen könnten. Von „Breaking the Silence“ bis zu den „Rabbis for Human Rights“ und den „Women Wage Peace“: Sie alle engagieren sich auch, um die menschlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern wieder aufblühen zu lassen.

Menschenrechte müssen allerdings für Palästinenser genauso gelten wie für Israelis. Daran sollte sich jede politische Lösung dieses jahrhundertalten Konflikts orientieren, wie immer sie aussehen mag. Ich selbst bin nach wie vor überzeugt, dass eine Zwei-Staaten-Lösung das beste Lösungsmodell wäre. Das Ein-Staaten-Modell scheint mir eine Illusion, wenig geeignet, Israelis mehr Sicherheit zu verschaffen, und den Palästinensern volle Bürgerrechte. Dabei ist die Gefahr groß, dass ohne politische Lösung der jetzige Zustand eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in einem Staat zementiert und sich am Ende tatsächlich nur als Apartheid-System beschreiben ließe.

Machtverhältnisse bleiben allerdings nicht wie sie sind. Wer nicht darauf warten will, bis dramatische Umbrüche in der Region oder eine Naturkatastrophe irgendwann einschneidende Veränderungen erzwingen werden, muss seinen Kopf bewegen. Zu sagen, es gibt keine politische Lösung, sollte man jenen überlassen, die keine wollen.